



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DIE BELARUSSISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

■ ANALYSE		
Die belarussisch-russischen Beziehungen: Eine neue Wende		2
Von Walerij Karbalewitsch, Minsk		
■ DOKUMENTATION		
Russische Presse- und Expertenstimmen zum belarussisch-russischen Verhältnis		5
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zum belarussisch-russischen Verhältnis		8
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Russland		11
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 16. Februar bis zum 20. April 2012		17



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die belarussisch-russischen Beziehungen: Eine neue Wende

Von Walerij Karbalewitsch, Minsk

Zusammenfassung

Mit der Verschärfung des Konfliktes zwischen Belarus und dem Westen wegen des brutalen Umgangs mit der Opposition im Anschluss an die Wahlen vom Dezember 2010, begann eine neue Etappe im belarussisch-russischen Verhältnis. Neben dem Verkauf von Beltransgas an Gasprom spielt insbesondere die Verwirklichung der Zoll- und Wirtschaftsunion eine wichtige Rolle bei der derzeitigen Ausgestaltung der Beziehungen.

Rückkehr zur Subventionierung

Das blutige Auseinandertreiben der oppositionellen Demonstrationen am 19. Dezember 2010, dem Tag der Präsidentschaftswahl, war der Ausgangspunkt für eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen Belarus und Russland. Durch den scharfen Konflikt zwischen der belarussischen Führung und dem Westen entstand eine Situation, in der die Beziehungen zu Russland für das offizielle Minsk alternativlos wurden. Die Intensivierung der belarussisch-russischen Beziehungen erreichte am 25. November 2011 ihren Höhepunkt – an diesem Tag fand die Sitzung des Obersten Staatsrates der Union der Staaten Belarus und Russland statt. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen in Moskau war die Privatisierung des belarussischen Gastransportunternehmens Beltransgas durch Gasprom. Dies war das größte Privatisierungsgeschäft in der Geschichte Belarus' und das Land ist damit auch das einzige unter seinen Nachbarn, das Russland die eigenen Gaspipelines verkauft hat.

Die Wirtschaftskrise zwang die belarussische Regierung diesen Vertrag abzuschließen. Bei einem Devisendefizit von 2,5 Mrd. US-Dollar war der Verkauf der übriggebliebenen 50% von Beltransgas (die ersten 50% der Aktien waren vor einigen Jahren von Gasprom gekauft worden) doch zu verführerisch. Aufgrund des Baus der Belarus umgehenden Ostsee-Gaspipeline Nord Stream auf Initiative Russlands könnte das Gastransportsystem Beltransgas nämlich bald ohne Gas dastehen. Und wer braucht schon leere Röhren? In ca. zwei Jahren, wenn dann auch die South Stream Pipeline fertig gebaut ist, wird deren Preis ohnehin fallen. Deshalb wurde Beltransgas verkauft.

Was hat Belarus dadurch verloren? Es hat die Möglichkeit verloren, den Transit bei den langwierigen Verhandlungen mit Moskau in verschiedensten Fragen als Druckmittel zu nutzen. Im Idealfall wären die zweiten 50% des Pipelinebetreibers Beltransgas an ein Unternehmen aus den Gasabnehmerländern verkauft worden – also aus Polen oder Litauen.

Zum Privatisierungspaket des belarussischen Gastransportunternehmens durch Gasprom gehörte auch die Reduzierung des Gaspreises. Entsprechend dem ausgehandelten Vertrag verbilligte sich die Lieferung russi-

schen Gases an Belarus um mehr als das Anderthalbfache. Der Preis (ohnehin schon der niedrigste in Europa) sank von 279 US-Dollar für 1.000 m³ im Jahr 2011 auf 165,6 US-Dollar im Jahr 2012. Das ist fast dreimal weniger als die Ukraine für Gas zahlen muss.

Vor dem Jahreswechsel wurden für Minsk außerdem vorteilhafte Ölverträge abgeschlossen. Russland willigte ein, Preisauflagen auf an Belarus geliefertes Öl zurückzunehmen, wodurch auch der Ölpreis merklich sank. Im Ergebnis erlangte Belarus wieder den Status eines Offshore-Gebietes für russische Erdölfirmer. Der Verkauf von Erdölprodukten macht ein Drittel der Exporteinnahmen des Landes aus.

Dank der Vorzugspreise für Öl und Gas erhält Belarus in diesem Jahr nach unterschiedlichen Schätzungen zusätzlich 3 bis 4 Mrd. US-Dollar. Dieses Geld fließt entweder in den Haushalt oder wird in Goldreserven umgewandelt. Die Nachfrage nach Devisen an der belarussischen Devisen- und Wertpapierbörse wird dadurch sinken, was den Wechselkursverfall des Rubels bremsen könnte. Außerdem hat Belarus einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar von der russischen Staatsbank Sberbank erhalten.

Als eine weitere historische Entscheidung ist die Vereinbarung über die Bereitstellung eines Kredites in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar durch Russland für den Bau eines belarussischen Atomkraftwerkes anzusehen. Belarus hatte allerdings nur 9 Mrd. US-Dollar erbeten. Anders ausgedrückt, Russland vergab mehr Geld als gefordert und ermöglichte mit dem Kredit das Projekt.

Folglich können wir festhalten, dass es zum Jahreswechsel 2011/2012 zu einer grundsätzlichen Wende in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten gekommen ist. Russland kehrte zur Subventionierung der belarussischen Wirtschaft zurück, die es auch schon bis zum Jahr 2006 betrieben hatte. Anfang 2007 war es dann jedoch zum Gas-Ölkrig zwischen den beiden Ländern gekommen, woraufhin es vielfache und kategorische Erklärungen von Moskauer Führungspersonen zum Übergang zu marktwirtschaftlichen Beziehungen mit Belarus, zur Erhöhung der Gaspreise, zur Einführung von Zöllen für Erdöl usw. gab. Es entstand der Eindruck, dass es keinen Weg zurück mehr gebe.

Beweggründe Russlands

Und nun hat sich doch wieder alles geändert. Russland ist Belarus zu Hilfe geeilt, besser gesagt Lukaschenka persönlich, und zwar in einem für ihn äußerst kritischen Moment. Was aber ist der Grund für diese Wende in der Politik Russlands, für die unverständliche Freigabe Moskaus?

Erstens ist es Dankbarkeit für den Erwerb von Beltransgas, der sehr wichtig für Russland war.

Zweitens ist das der Preis, den Russland für das Einverständnis Belarus' zahlen muss, in die Zollunion, den Einheitlichen Wirtschaftsraum und die Eurasische Union einzutreten. Dieses geopolitische Projekt ist überaus wichtig für Moskau, denn es erlaubt Russland sich als Großmacht zu fühlen. Und für den Status eines Imperiums muss man nun einmal zahlen. Der wirtschaftliche Niedergang Belarus' ist also für Russland unvorteilhaft, denn er bringt das ganze Integrationsprojekt in Gefahr. Aus diesem Grund hielt man es in Moskau für notwendig, den Verbündeten in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen.

Drittens haben sich nach einer alten Tradition, die schon zu Jelzins Zeiten begründet wurde, die Beziehungen zwischen Belarus und Russland während der Wahlkämpfe in Russland stets verbessert. Am Vorabend der Wahlen muss die russische Führung dem Wahlvolk demonstrieren, dass der Prozess der postsowjetischen Integration erfolgreich voranschreitet und Russland Verbündete hat.

Viertens waren die Preisnachlässe für Belarus dazu bestimmt, auf die Ukraine einen Demonstrationseffekt auszuüben. Nach dem Motto, schaut, was ihr alles bekommt, wenn ihr in die Zollunion eintretet und Russland euer Transportsystem verkauft.

Verschiedenste Autoren gehen davon aus, dass Lukaschenka Russland irgendetwas versprochen hat. Möglich ist das. Allerdings ist auch allseits bekannt, wie ernst die belarussische Führung die eigenen Versprechen nimmt. Und am besten weiß man das in Moskau.

Die Vereinbarungen vom 25. November 2011 werden bemerkenswerte Folgen für Belarus haben. In erster Linie sind die ausgehandelten finanziellen Subventionen eine rettende Sauerstoffmaske für die an Devisenarmut erstickende belarussische Wirtschaft.

Die russische Hilfe verzögert allerdings die Markt-reformen in Belarus auf unbestimmte Zeit und stärkt das derzeitige Wirtschaftsmodell, denn einen Anstoß zu Reformen gibt im Allgemeinen nur die dringende Notwendigkeit der selbigen. Reformen werden dann in Angriff genommen, wenn das Geld knapp wird. Durch den Erhalt der russischen Hilfe, kann die Transformation der Wirtschaft nun aber noch ein bisschen auf sich warten lassen.

Entscheidend ist, dass die Annäherung zwischen Belarus und Russland vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Westen stattfand. Nicht zufällig flammte der schärfste diplomatische Konflikt der letzten 14 Jahre (seit der Krise um die Minsker Diplomatensiedlung »Drosdy«, in der die politische Führung ausländische Diplomaten aufforderte, diese zu verlassen) zwischen Belarus und der EU in dem Moment auf, als die anti-westliche Hysterie im Wahlkampf Wladimir Putins ihren Höhepunkt erreicht hatte. Erstmals seit der Orangen Revolution in der Ukraine erfuhr Minsk umfassende wirtschaftliche, politische und diplomatische Unterstützung vonseiten Russlands bei seiner Konfrontation mit der Europäischen Union. Zunächst wurde eine Erklärung der Ministerpräsidenten von Belarus, Russland und Kasachstan verlautbart, in der diese die europäischen Sanktionen gegen Belarus verurteilten. Daraufhin gab es eine analoge Reaktion vom Außenministerium Russlands. Das zeugt davon, dass Moskau in vollem Umfang seine schützende diplomatische Hand über Minsk hält. Für Lukaschenka besteht deshalb im Moment nicht die Notwendigkeit, die Beziehungen zur EU und zu den USA zu normalisieren. Der derzeitige diplomatische Krieg Belarus' mit der EU ist somit eine direkte Folge der neuen Beziehungen zwischen Minsk und Moskau.

Eine weitere Folge dieser neuen Außenpolitik Belarus' ist die Verschärfung der Repressionen gegen die Opposition und die Zivilgesellschaft (s. auch Belarus-Analysen Nr. 5).

Die Zollunion

Am 27. November 2009 wurden in Minsk feierlich die Dokumente zur Schaffung der Zollunion zwischen Belarus, Russland und Kasachstan unterschrieben, die 2010 ihre Arbeit aufnahm. Dies ist eine bedeutende Errungenschaft. In den gesamten 20 Jahren seit dem Zerfall der UdSSR wurde nichts in diesem Maße effektiv geschaffen.

Der wichtigste Beweggrund für die Teilnahme Belarus' an der neuen Struktur ist der Import von Erdöl und Gas aus Russland zu innerrussischen Preisen. Die belarussische Führung führte dies als Bedingung für den eigenen Beitritt zur Zollunion ins Feld.

Am 1. Januar 2012 nahm die Einheitliche Wirtschaftsgemeinschaft, die die wirtschaftliche Integration dieser drei Staaten vorsieht, ihre Arbeit auf. Ab 2015 soll dann auch die Eurasische Union, die ein höheres Maß der Vereinigung anstrebt, auch in einigen wichtigen politischen Bereichen, ihre Wirkung entfalten.

Die ersten Schritte beim Übergang von der Zollunion zur Wirtschaftsunion haben jedoch sogleich einen Komplex von Widersprüchlichkeiten hervorge-

bracht. Nehmen wir nur eines der Konfliktfelder als Beispiel: Die Wirtschaftsunion strebt den freien Verkehr für Kapital und Waren zwischen den Mitgliedsstaaten sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit an. Diese Regelungen sind in den Vereinbarungen festgeschrieben, die von den Präsidenten und anderen offiziellen Personen der Mitgliedsländer unterschrieben wurden. Sobald aber die Vertragspartner versuchten, zur praktischen Umsetzung dieses Prinzips überzugehen, begannen die Probleme.

Zu Beginn des Jahres hat Russland sich darüber empört gezeigt, dass Belarus viele Milchprodukte zu einem sehr niedrigen Preis an Russland liefere, weshalb die russischen Produzenten im Konkurrenzkampf nicht bestehen könnten. Nach langwierigen Verhandlungen war die belarussische Seite gezwungen einen Kompromiss einzugehen. Im Ergebnis wurden ab Beginn des zweiten Quartals entsprechend der Bilanz für Milch und Milchprodukte die Lieferungen von Vollmilchpulver und Molkepulver aus Belarus nach Russland gestoppt.

Aus dem selben Holz ist der Konflikt um den Luftverkehr geschnitzt, der derzeit in vollem Gange ist. In diesem Fall stieß der Versuch der russischen Seite, die Anzahl der eigenen Passagierflüge nach Minsk zu steigern, in Belarus auf Gegenreaktionen. Denn, so die belarussischen Offiziellen, dies verletze die vereinbarten Quoten für den Luftverkehr. Das Transportministerium Russlands ist allerdings der Ansicht, dass diese Quotenregelung zwischen Russland und Belarus nicht den Vereinbarungen über den gemeinsamen Wirtschaftsraum genügt und auch nicht den Normen der Zollunion entspricht.

Insgesamt sieht die Wirtschaftsunion einen freien Wettbewerb nach den Regeln des Marktes vor – ohne jegliche Quoten. Der Verbraucher und nicht die Regierung sollte entscheiden, welchen Käse und welche Milch er kaufen und mit welcher Fluglinie er fliegen möchte.

Anhand dieser Beispiele können wir sehen, dass der Einheitliche Wirtschaftsraum heute lediglich in einer stark beschnittenen Variante existiert.

Privatisierung

Ein sprudelnder Quell für Konflikte ist ebenso die Privatisierung von belarussischen Unternehmen durch russisches Kapital. Wichtig ist dabei zu wissen, dass eine Bedingung für die Bereitstellung von Krediten an Belarus durch den Antikrisenfonds der Eurasischen Union (in der Russland das letzte Wort hat) der Verkauf von Staatseigentum im Wert von 2,5 Mrd. US-Dollar pro Jahr ist.

Bekannt ist, dass Lukaschenka sich mit Händen und Füßen gegen Privatisierungen wehrt, denn das Staatseigentum ist die Basis des von ihm geschaffenen Sozialmodells. Daraus ergibt sich sogleich ein weiteres Problem.

Auf der erwähnten November-Sitzung erinnerte der Präsident an den Verkauf des Unternehmens Beltransgas an das russische Unternehmen Gazprom im Sinne eines besonders erfolgreichen Geschäfts. Laut soziologischer Umfragen des Instituts IISEPS vom März 2012 jedoch beurteilten nur 15% der Bevölkerung diese Entscheidung als positiv und 53,5% als negativ.

Anders ausgedrückt, die politische Führung des Landes steht vor einem Dilemma: Um russische Kredite zu erhalten (und ohne ausländische Kredite kann die belarussische Wirtschaft schon nicht mehr überleben) müssen große Staatsunternehmen verkauft werden, was jedoch offensichtlich dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung widerspricht.

Zukünftige Probleme

Wie sich die Integration weiterentwickeln wird, ist eine bedeutsame Frage. Der Weg von der Zoll-Integration zur wirtschaftlichen Integration ist weit und von hohen Hürden verstellt. Die höchste von ihnen stellt die Einigung auf eine Vereinheitlichung der makroökonomischen Politik dar, d. h. Vereinbarungen über das Haushaltsdefizit, das Inflationsniveau, das Ausmaß der Unterstützung für einheimische Produzenten und anderes mehr. Und sofort drängt sich die Frage auf: Wie wird sich Belarus mit seinem heutigen Inflationsniveau in die neue Integrationsvereinigung einschreiben?

Außerdem fällt es schwer, sich autoritäre Führer dreier Staaten vorzustellen, die dazu bereit sind, auf ihre Souveränität im Wirtschaftsbereich zu verzichten.

Nachdem sich die belarussische Führung auf billige Energieressourcen konzentriert hatte, lebt sie nun in den Tag hinein und verliert die realen Bedrohungen aus dem Blick, die sich aus der Aufhebung von Wirtschaftsbarrieren für das Land ergeben werden.

Das erste Problem: Belarussische Unternehmen sind für einen Konkurrenzkampf mit den russischen Oligarchen nach der Aufhebung der Barrieren für den Kapitalfluss nicht gewappnet. Russische und kasachische Waren gelangen dann frei nach Belarus und die einheimischen Produzenten sind bisher kaum auf diese Konkurrenz vorbereitet, insbesondere wenn man bedenkt, dass das Geschäftsklima in Russland und Kasachstan wesentlich günstiger ist.

Das zweite Problem: Russland und Kasachstan haben vor, 2012 der Weltwirtschaftsgemeinschaft beizutreten, Belarus aber ist dafür noch nicht bereit. Das bedeutet, dass die Zolltarife für viele Waren sinken und ausländische Produkte in großem Umfang auf dem russischen Markt auftauchen werden. Da der Einheitliche Wirtschaftsraum ja den freien Warenverkehr vorsieht, könnten all diese Waren dann auch nach Belarus gelangen. Bisher rettet Belarus die Abwertung des belarussischen Rubels.

russischen Rubels vor einem Importstrom. Früher oder später wird sich die Situation aber ändern und für die bisher nicht reformierte belarussische Wirtschaft wird dies zum Problem werden.

Perspektiven für die belarussisch-russischen Beziehungen

Derzeit wird überall gefragt: Was passiert nach den Wahlen? Bleibt die belarussisch-russische Idylle bei der Rückkehr Putins ins Präsidentenamt bestehen?

Die Wahl Putins zum Präsidenten Russlands kann man wohl kaum als seine Rückkehr bezeichnen. Aus dem ganz einfachen Grund, dass er nie von der Macht abgerückt und die ganze Zeit über die Nummer 1 in der russischen Führung geblieben war. Deshalb wird dieses Ereignis keinerlei Einfluss auf die Beziehungen zwischen Belarus und Russland haben.

Unserer Ansicht nach werden die Krise des belarussischen Sozialmodells und der scharfe Konflikt mit dem Westen einen wesentlich größeren Einfluss auf die belarussisch-russischen Beziehungen haben als die Rochade im Tandem. Dies schwächt den Staat, macht ihn verwundbar, beschränkt seine Fähigkeit sich selbst zu schützen und nimmt ihm die Manövrierfähigkeit.

Der Einfluss Russlands auf Belarus hat sich bereits wesentlich verstärkt und die einseitige Ausrichtung der

belarussischen Außenpolitik sowie deren Abhängigkeit von Russland hat ein enormes Ausmaß erreicht.

Indem Belarus einen Kredit über 10 Mrd. US-Dollar von Russland annimmt, gerät es nicht nur in eine Energieabhängigkeit, sondern auch in eine finanzielle Abhängigkeit von Russland – in die russische Schuldenfalle. Die Grenze der wirtschaftlichen Sicherheit ist somit überschritten, denn eine solch hohe Schuldensumme kann Belarus wohl kaum zurückzahlen.

Der von Russland kontrollierte Antikrisenfonds der Eurasischen Gemeinschaft, der Belarus bereits einen Kredit gewährt, diktiert dem Land auch in zunehmendem Maße die Wirtschaftspolitik. Dementsprechend wurden die Bedingungen für den Verkauf von Beltransgas so gestaltet, dass Gasprom Einfluss auf den belarussischen Gasmarkt nehmen kann. Zusätzlich wird die Vereinbarung über den Bau eines Atomkraftwerkes die Souveränität Belarus' bei der Umsetzung seiner Energiepolitik ebenfalls in gewissem Maße beschränken (die Rohstoffe für das Werk sollen in Russland gekauft werden, die Elektroenergie nur durch gemeinsame Unternehmen exportiert werden usw.).

Wie in den ersten zehn Jahren seiner Herrschaft hat Lukaschenka alles auf eine Karte gesetzt. Und genau dies ist eine gewisse Gefahr – auch für seine Macht.

Übersetzung aus dem Russischen von Judith Janiszewski

Über den Autor:

Dr. Walerij Karbalewitsch arbeitet für das Minsker Analysezentrum »Strategy« und beschäftigt sich mit dem belarussischen politischen System, der Zivilgesellschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes. Im Mai 2012 wird ihm der Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius verliehen.

DOKUMENTATION

Russische Presse- und Expertenstimmen zum belarussisch-russischen Verhältnis

Russland kann sich Belarus nicht völlig gefügig machen

Von Andrej Sakowitsch, www.zautra.by, 27.03.2012

Der Preis für die Integration ist die Rückkehr zu den 80er Jahren

Belarus kann jederzeit ganz einfach die Fortführung der Integrationsprozesse mit Russland ablehnen. Diese Meinung vertrat gegenüber »Das Morgen Deines Landes« der Politologe und Dozent des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen Kirill Koktysch. Die Belarussen müssten seiner Meinung nach dann aber auch dazu bereit sein, den Lebensstandard der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts als Norm zu akzeptieren.

»Dazu sind sie wohl kaum bereit«, meint der Experte. Er ist sich sicher, dass die richtige Nutzung der Integration eine gute Möglichkeit bietet, als gleichberechtigter Partner an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen und daran Geld zu verdienen.

Kirill Koktytsch hält den bisher erreichten Stand der Annäherung zwischen Belarus und Russland nicht für etwas furchtbar besonderes. Seiner Meinung nach unterscheidet sich diese Beziehung nicht von den traditionellen Verbindungen, die Russland zu jedem beliebigen anderen osteuropäischen Staat hat – sie ist nicht mehr und nicht weniger.

Die Ukraine z. B. weist eine ähnliche Bilanz mit Russland auf wie Belarus. Man kann mit gutem Grund sagen, dass dieses Land ebenfalls von Russland subventioniert wird. [...]

Das künftige Belarus ist nach Osten ausgerichtet

Der Direktor des Forschungsprogramms zur Östlichen Partnerschaft und Russland am Finnischen Institut für internationale Beziehungen Arkadij Mosches ist nicht der Meinung, dass Belarus dazu verdammt ist, sich nach Osten zu wenden, weil es keinen anderen Ausweg mehr habe.

»Belarus befand sich als Staat und als politischer Organismus noch bis vor zwei Jahren in einer völlig anderen Situation als heute«, meint der Experte. »Das heißt, dass es keine Vorbestimmtheit der Entwicklung des Landes gab und auch heute nicht gibt. Alles, was vor sich geht, ist die Folge von politischen Entscheidungen, die die belarussische Führung getroffen hat und trifft.« [...]

»Sich anders zu entscheiden, wäre aus Sicht der belarussischen Führung aber gar nicht sinnvoll. Warum sollte sie dem angenehmen Leben widersagen, das in großen Teilen vom russischen Partner bezahlt wird?«, fragt der Experte. »Ohne die wichtigen russischen Subventionen, (wenngleich auch sie vermutlich heute nicht ausreichend sind) hätte das belarussische System überhaupt nicht so lange existieren können. Außerdem kann ich der Ansicht nicht zustimmen, dass der Schlüssel zur belarussischen Macht allein in Moskau liegt. Das ist eine reine Journalisten-Version – eine deutliche, aber keine reale.«

Die derzeitige belarussische Führung ist für den Kreml annehmbar

Auf die Entscheidungen der russischen Führung haben viele unterschiedliche Faktoren Einfluss. Im Prinzip entspricht die heutige belarussische Führung den russischen Anforderungen, vor allem schon allein deshalb, weil das Risiko, das ein möglicher Führungswechsel in Belarus mit sich bringen würde, relativ hoch ist.

»Zweifellos sieht der Kreml keine klare Alternative zu Lukaschenka«, sagt Arkadij Mosches. »Es ist ja nicht gesagt, dass derjenige, der Lukaschenka ablöst, Russland gegenüber völlig loyal sein wird. Mit ähnlichen Fällen hatte Russland schon zu tun – 2003 in Georgien und zwei Mal in Kirgistan – als Politiker, die mit bestimmten Losungen an die Macht gekommen waren, im Anschluss nach anderen Prinzipien handelten.«

Eine weitere Gefahr wäre nach Meinung Arkadij Mosches', dass ein dem Kreml gegenüber loyaler politischer Akteur, die politische und die wirtschaftliche Situation in Belarus nicht kontrollieren könnte.

In Anbetracht dieser Umstände ist es »vielleicht nicht ideal, aber immerhin annehmbar« mit der heutigen belarussischen Führung zu verhandeln, meint der Experte. Dies bietet dem belarussischen Regime einen gewissen Handlungsspielraum, den es ja all die Jahre über auch schon erfolgreich genutzt hat.

»Es gab durchaus kritische Momente, so wie im ersten Halbjahr 2011, als dieses Handlungsfeld beschnitten wurde«, erinnert Arkadij Mosches. »Aber seit diesem Herbst hat Minsk im Wesentlichen wieder seine alte Position im Handel mit Moskau eingenommen. Das Subventionssystem ist wiederhergestellt. Und dieses zu demontieren wird für die Russen in politischer Hinsicht nicht einfach sein. Wer im Rahmen des Kreml-PR-Projektes für die Zollunion in stärkerem Maße von wem abhängt, ist eine offene Frage.«

In Anbetracht der Verschlechterung der Beziehungen zum Westen wäre der Schluss logisch, dass Belarus zunehmend abhängiger wird von Russland. Ich bin davon aber nicht überzeugt.«

China wird Moskaus Weg nicht kreuzen

»Heute bekommt das belarussische Regime von Moskau alles, was es braucht, um weiterzubestehen, und dabei gibt es im Grunde nichts zurück«, unterstreicht der Experte. »Die Zollunion ist wahrscheinlich eine stabilere Struktur als die zweiseitige belarussisch-russische Union, aber all das ist relativ«, ist Arkadij Mosches überzeugt. »Von belarussischer Seite sehe ich keinerlei besondere politische Schritte.«

Seiner Meinung nach, hat »Minsk für den Fall, dass Moskau beginnt Druck auf Belarus auszuüben, genügend Möglichkeiten, diesem Druck zu entkommen, dazu gehört auch, das PR-Spiel zu spielen.«

»Bei der Suche nach alternativen Partnern ist die belarussische Führung bereits aktiv geworden und hat schon viel getan, um die Beziehungen zu China weiterzuentwickeln«, unterstreicht der Experte. Er ist sich allerdings sicher, dass es »da auch Grenzen gibt«. Tatsächlich ist China an Belarus interessiert, um einen Fuß in die Zollunion zu bekommen. Aber wie auch immer, »irgendwo gibt es Grenzen, die Belarus nicht überschreiten wird, um Moskau nicht zu sehr zu reizen«, ist sich Arkadij Mosches sicher.

Quelle: http://zautra.by/art.php?sn_nid=10328&sn_cat=17

Russland bereitet die wirtschaftliche Übernahme Belarus' vor

Von Andrej Sakowjtsch, www.zautra.by, 14.12.2011

Russland fordert eine gemeinsame Währung und Belaruskali

Der russische Experte Andrej Dirgin, Chef der Analyseabteilung FOREX CLUB, ist sich sicher, dass in der kommenden Zeit (genauer gesagt, nach der Rückkehr Wladimir Putins auf den Präsidentenposten) Russland starken Druck auf Belarus ausüben und die Einigung auf eine Währungsunion fordern wird. Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist mit seinen Worten schon seit Längerem ein »Wunschtraum« der russischen Regierung.

Der Experte gesteht ein, dass die Einführung des russischen Rubel mit einem Emissionszentrum in Moskau (eine andere Variante kommt für Russland nicht in Frage) für Belarus äußerst unvorteilhaft wäre. Mit dem Verlust der nationalen Geldeinheiten, auch wenn es nur der belarussische Rubel ist, verliert das Land praktisch seine Selbstständigkeit bei den wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen.

Nach Meinung von Andrej Dirgin ist die russische Führung überzeugt, dass die Zeit gekommen ist, all die geplanten Vorhaben in Belarus umzusetzen, denn zur Zeit sei das Land schwach wie nie. Höchst wahrscheinlich werde sich die Inflations-Devaluationsspirale in den nächsten Jahren weiterdrehen. Die russischen Unterhändler hätten somit außergewöhnliche Möglichkeiten zu agieren und Druck auszuüben.

»Ob sie es wollen oder nicht, die Verhandlungen zur Währungsunion werden sich beschleunigen, und Belarus wird sich in einem Abhängigkeitsverhältnis wiederfinden. Im Prinzip geht es um eine wirtschaftliche Annexion Belarus'«, unterstreicht der Experte. »Trotz der objektiven Gründe glaube ich allerdings selbst nicht daran, dass der russische Rubel in den kommenden Jahren zum Zahlungsmittel in Belarus wird. Es gilt zu berücksichtigen, dass auch Kasachstan zur Zollunion gehört, mit dem ebenfalls Gespräche über eine gemeinsame Währung geführt werden. All das braucht Zeit.«

Nach Meinung Andrej Dirgins wird Russland unausweichlich die Frage nach dem Erwerb von Belaruskali stellen, einem strategisch sehr wichtigen Unternehmen. »Das Problem mit Beltransgas ist gelöst, und im nächsten Jahr schätze ich, werden sie die Sache mit Belaruskali in Angriff nehmen. Diese Frage wird für Russland in naher Zukunft die wichtigste sein. Das einzige, was den Prozess in die Länge ziehen könnte, sind die Preisverhandlungen. Der belarussische Marktwert in Höhe von 30 Mrd. US-Dollar übersteigt bei Weitem das, was russische Firmen bereit wären zu zahlen«, bemerkt der Experte. »Minsk kann noch ein bis anderthalb Jahre abwarten und von Russland Geld und Vergünstigungen bekommen.«

Quelle: http://www.zautra.by/art.php?sn_nid=9765&sn_cat=18

Probleme der eurasischen Integration

Von Andrej Kasanzew, Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen/MGIMO, 6.4.2012

Die Wirtschaft Belarus' unterscheidet sich deutlich von der Russlands und Kasachstans. Im Grunde lebt das Land immer noch in einem sozialistischen System und die dominierende Rolle in seiner Wirtschaft spielt der staatliche Sektor. Im Unterschied zu Moskau und Astana ist Minsk von einem Beitritt zur WTO weit entfernt. Die forcierte Integration zwingt die Führung des Landes automatisch die Markttransformation zu beschleunigen, was wiederum zu einer Änderung des politischen Systems führen könnte. Belarus gerät immer mehr in die Schuld Russlands. Zurückzahlen kann es die Schulden nur durch die Privatisierung von Unternehmen, an denen das russische Kapital interes-

siert ist. Auf diesem Feld wird kräftig gehandelt, da Minsk versucht den Preis der zum Verkauf stehenden Aktiva zu erhöhen. Der potentielle Anstieg des Einflusses des russischen Kapitals im Land ruft scharfe Gegenreaktionen bei der prowestlichen rechten Opposition hervor. Diese nationalistischen Stimmungen versucht die offizielle Führung häufig im Interesse des Erhalts des politischen Status quo zu kanalisieren.

Von den russischen Wirtschaftsinteressen aus betrachtet sind die Beziehungen zu Belarus absolut schwierig. Unser Land liefert schon mehr als zwei Jahrzehnte Energieträger an Minsk, zu Preisen die wesentlich unter Weltmarktniveau liegen. Außerdem verkauft Belarus das russische Gas und dessen Derivate auf dem Auslandsmarkt weiter und macht dabei guten Gewinn. Zwei Drittel des belarussischen Exportes in die EU machen Öl und Ölprodukte aus, zu einem Gesamtwert von 10,4 Mrd. US-Dollar. Die Ineffektivität des belarussischen Wirtschaftssystems hat dazu geführt, dass das Land trotz dieser gigantischen verdeckten Zuflüsse einen riesigen Schuldenberg angehäuft hat. Allein für die Bedienung der Auslandsschulden muss Belarus im Jahr 2012 19 Mrd. US-Dollar bereithalten, was 34,6% des BIP entspricht. Eine der wichtigsten Devisenquellen ist der Kredit des Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar. [...]

Vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet ist Minsk eher ein Posten auf der Ausgabenseite der eurasischen Integration als ihr Vermögen. Die grundlegenden Argumente der Befürworter der Integration mit Belarus liegen nicht im Bereich der Wirtschaft, sondern in der Geopolitik sowie im militärischen und im Kulturbereich.

Im Unterschied zu Belarus ist das erdölsreiche Kasachstan ein starker Wirtschaftsakteur, mit dem die Integration für Russland noch nie zusätzliche Kosten verursacht hat, sondern stets große Perspektiven verhielt.

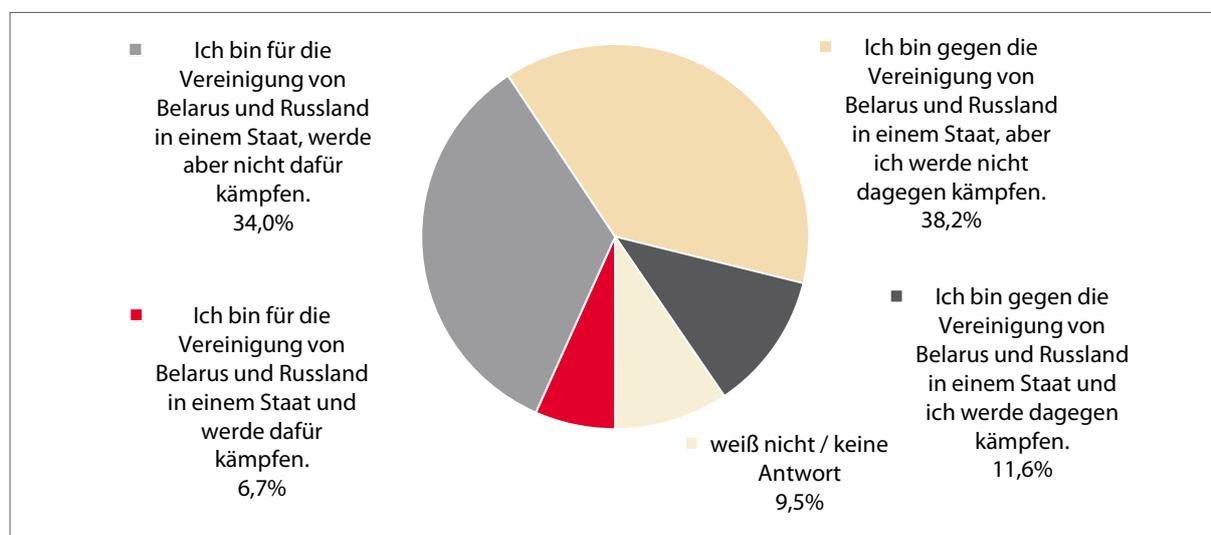
Quelle: <http://www.mgimo.ru/news/experts/document221692.phtml>

Übersetzung aus dem Russischen von Judith Janiszewski

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

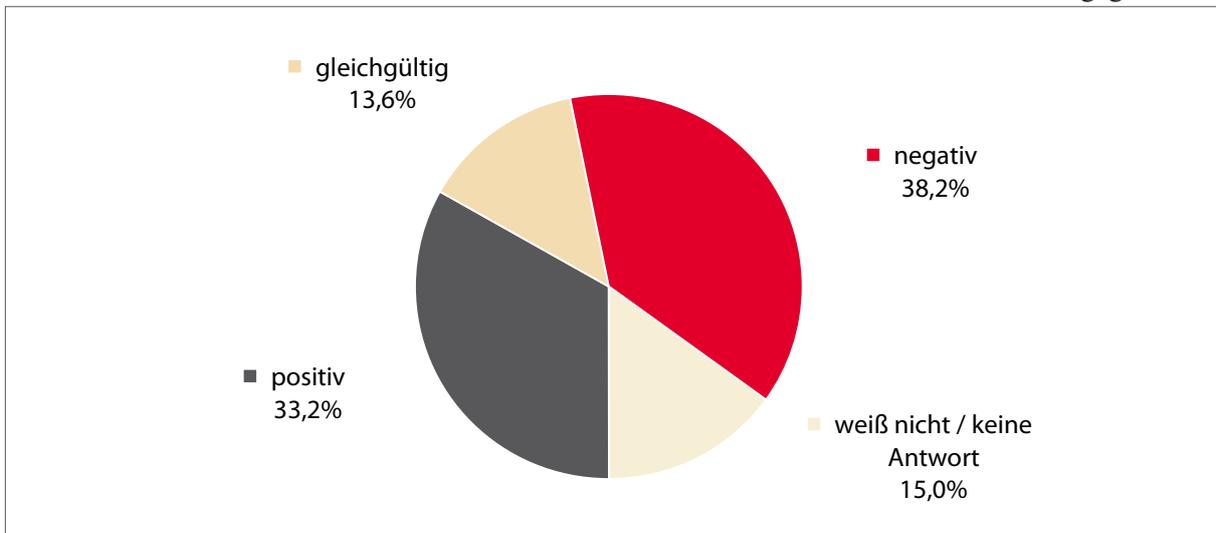
Umfragen zum belarussisch-russischen Verhältnis

Grafik 1: Vor Kurzem hat Ministerpräsident Wladimir Putin erklärt, dass eine reale Vereinigung Russlands und Belarus' »möglich ist, sehr wünschenswert ist und vollkommen von der belarussischen Bevölkerung abhängt«, und dass »die Befürworter dieser Idee für ihre Realisierung kämpfen sollten«. Welcher der folgenden Meinungen stimmen Sie zu?



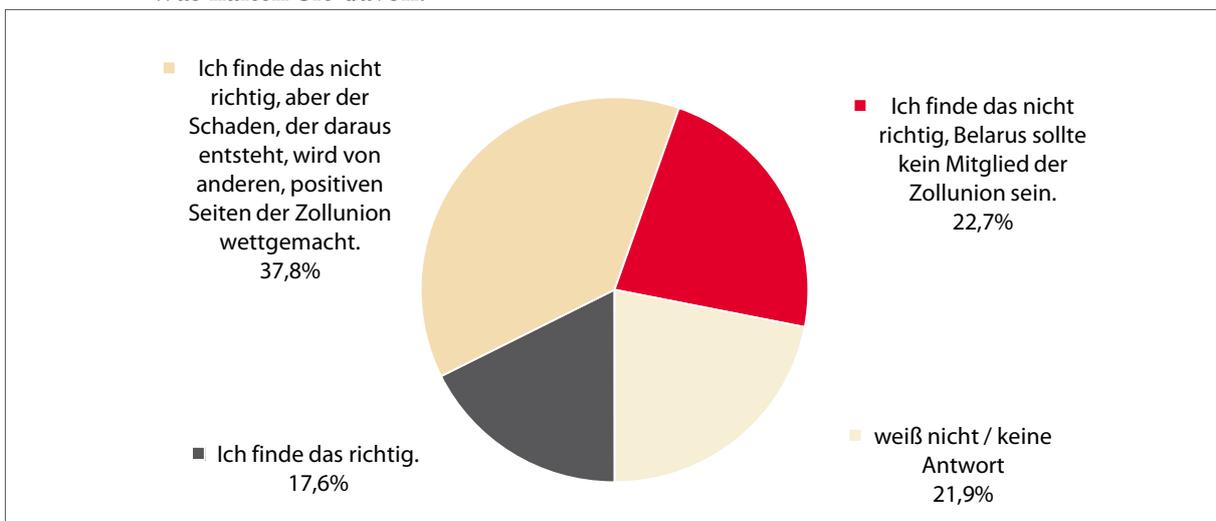
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://www.iiseps.org/data11-191.html>

Grafik 2: Vor Kurzem haben die Präsidenten Russlands, Belarus' und Kasachstans eine Deklaration über die Eurasische Wirtschaftsintegration unterschrieben. Nach Meinung der belarussischen Führung soll die neue Union zum »regionalen Schlüsselakteur werden, der dabei behilflich ist Beziehungen zu den weltweiten Wirtschaftsstrukturen aufzubauen«. Nach Meinung der Opposition wird sich »die Teilnahme Belarus' an der Eurasischen Integration negativ auf die Perspektive der Integration des Landes in den weltweiten Wirtschafts- und Politikraum auswirken«. Wie stehen Sie dem gegenüber?



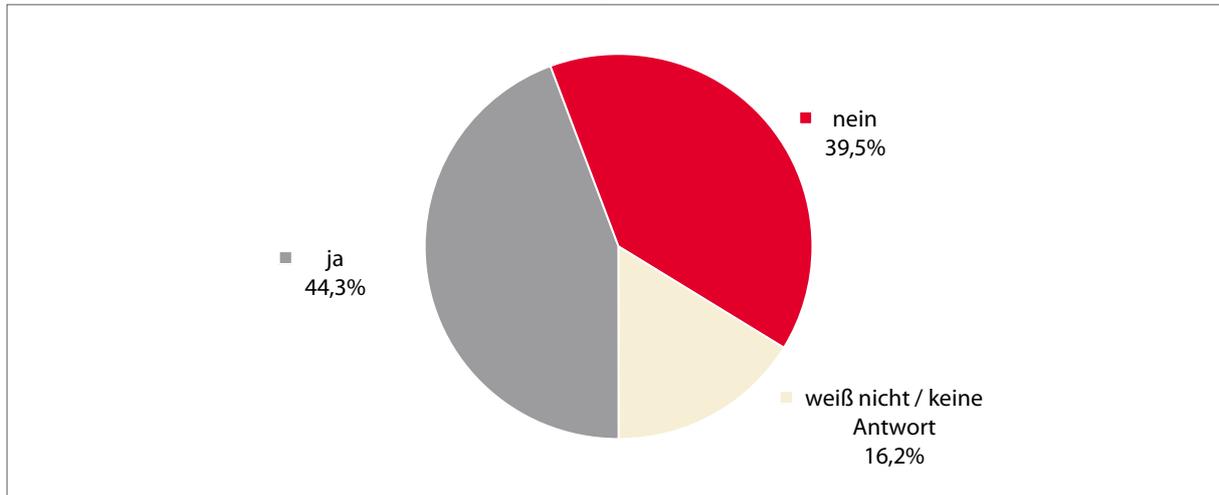
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.12.2011, <http://www.iiseps.org/data11-22.html>

Grafik 3: Seit dem 1. Juli 2011 gelten in Belarus neue, höhere Importtarife für Autos, die aus westlichen Ländern eingeführt werden. Dies wurde im Zusammenhang mit der Zollunion beschlossen, der Belarus gemeinsam mit Russland und Kasachstan angehört. Was halten Sie davon?



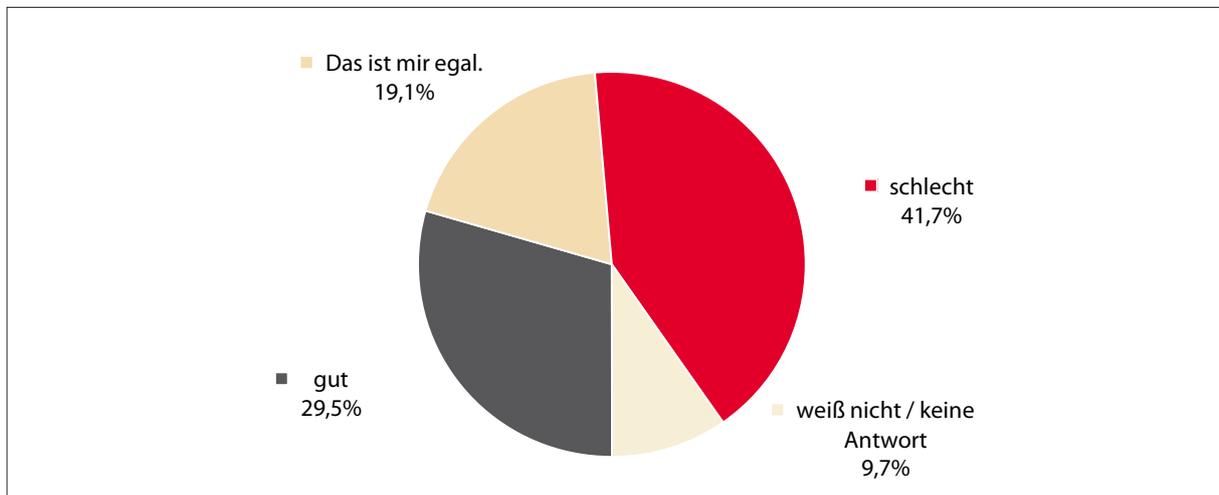
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://www.iiseps.org/data11-191.html>

Grafik 4: Ist es Ihrer Meinung nach zulässig, dass russisches Kapital an der Privatisierung belarussischer Unternehmen beteiligt wird?



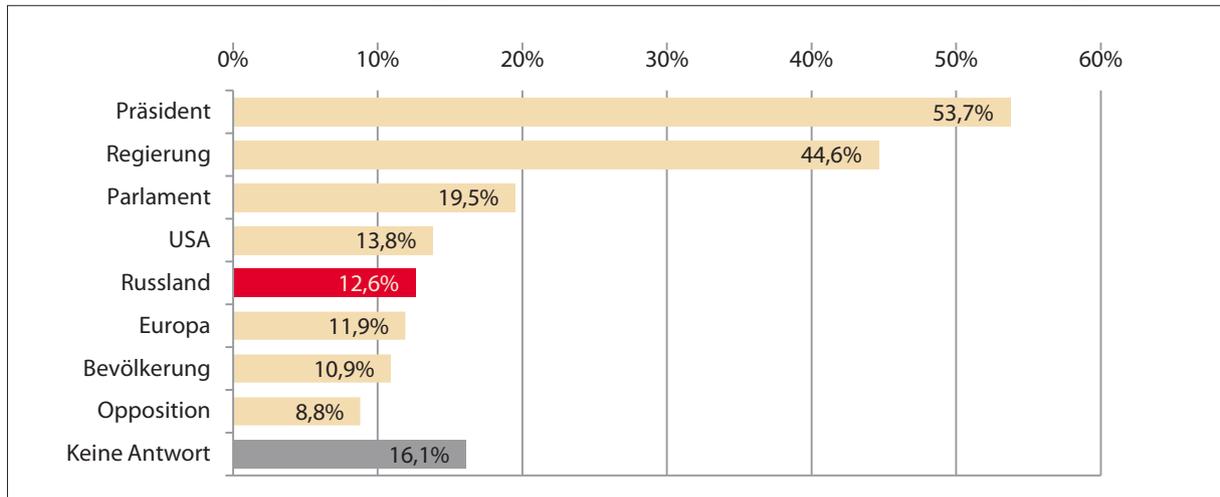
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.12.2011, <http://www.iiseps.org/data11-221.html>

Grafik 5: Was halten Sie von der Idee, dass Belarus den Russischen Rubel als Zahlungsmittel einführt?



Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.3.2012, <http://www.iiseps.org/data1.html>

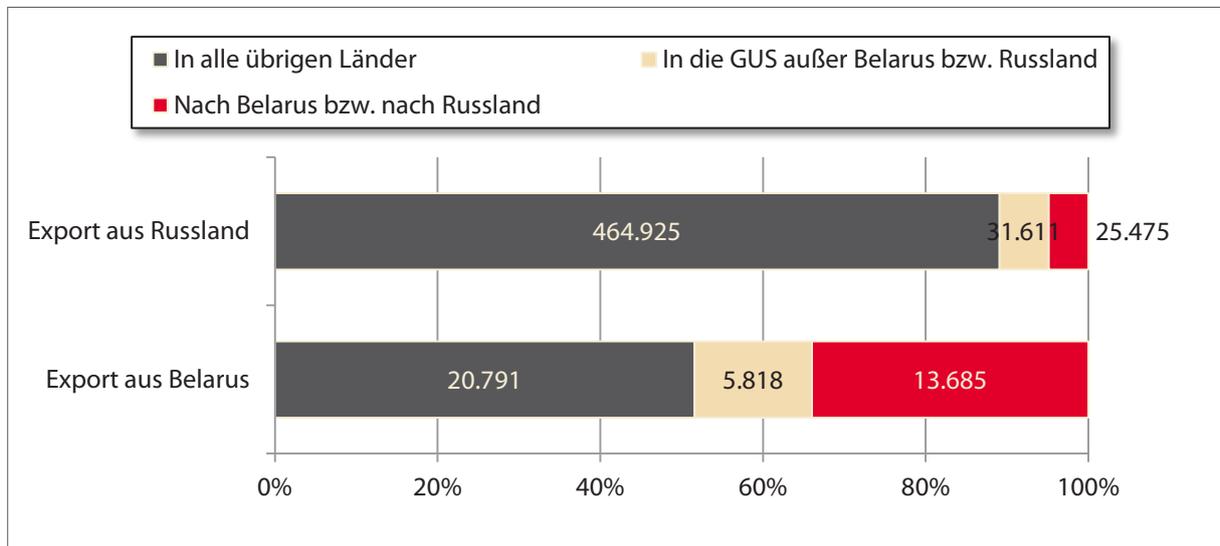
Grafik 6: Wer ist an der derzeitigen Krise in Belarus schuld? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.12.2011, <http://www.iiseps.org/data11-22.html>

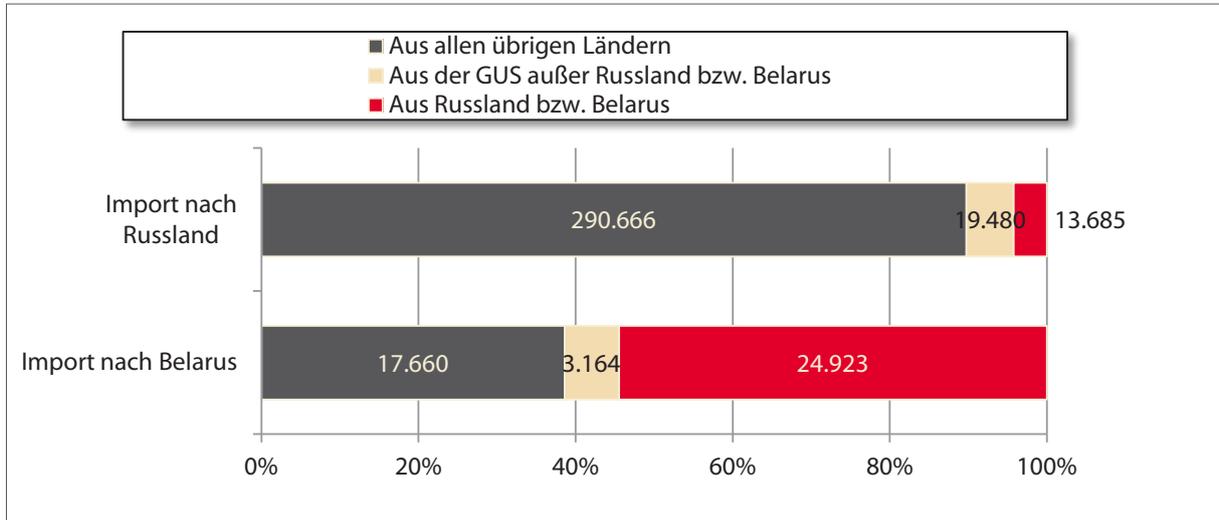
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Russland

Grafik 1: Anteil des Exportes aus Belarus und aus Russland im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 2011



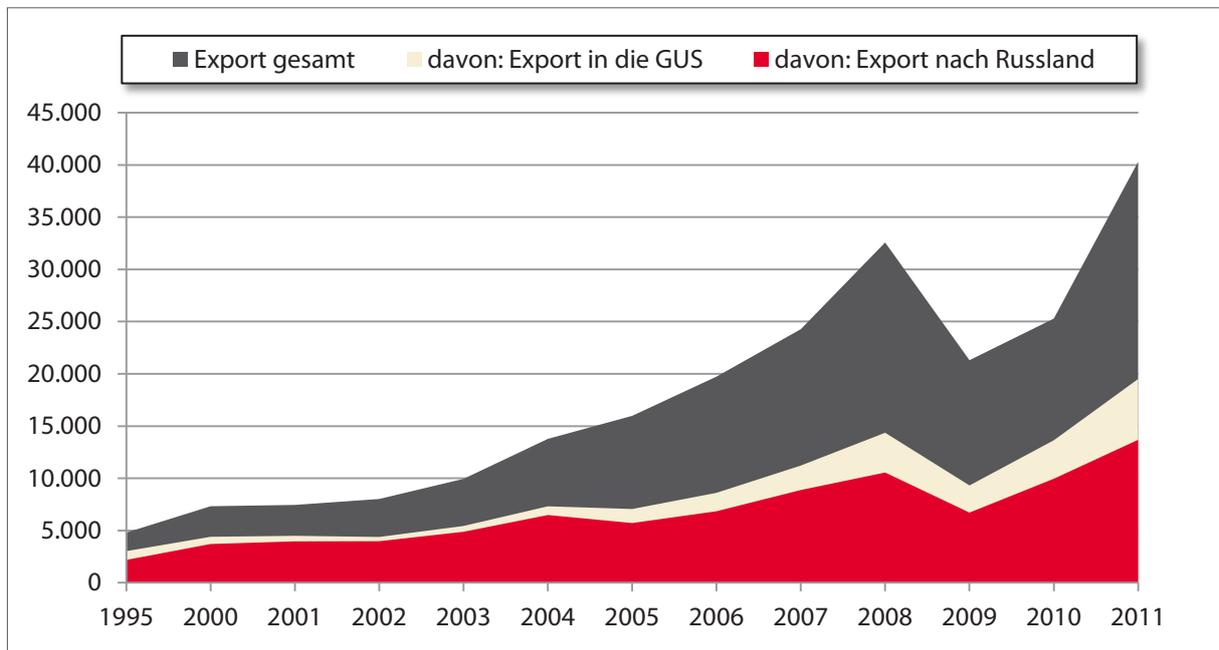
Quellen: Statistikamt Belarus, <http://www.belstat.gov.by>, Russisches Statistikamt, <http://www.gks.ru> und Kommission der Zollunion, http://www.tsouz.ru/db/stat/Pages/internal_stat.aspx

Grafik 2: Anteil des Importes nach Belarus und nach Russland im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 2011



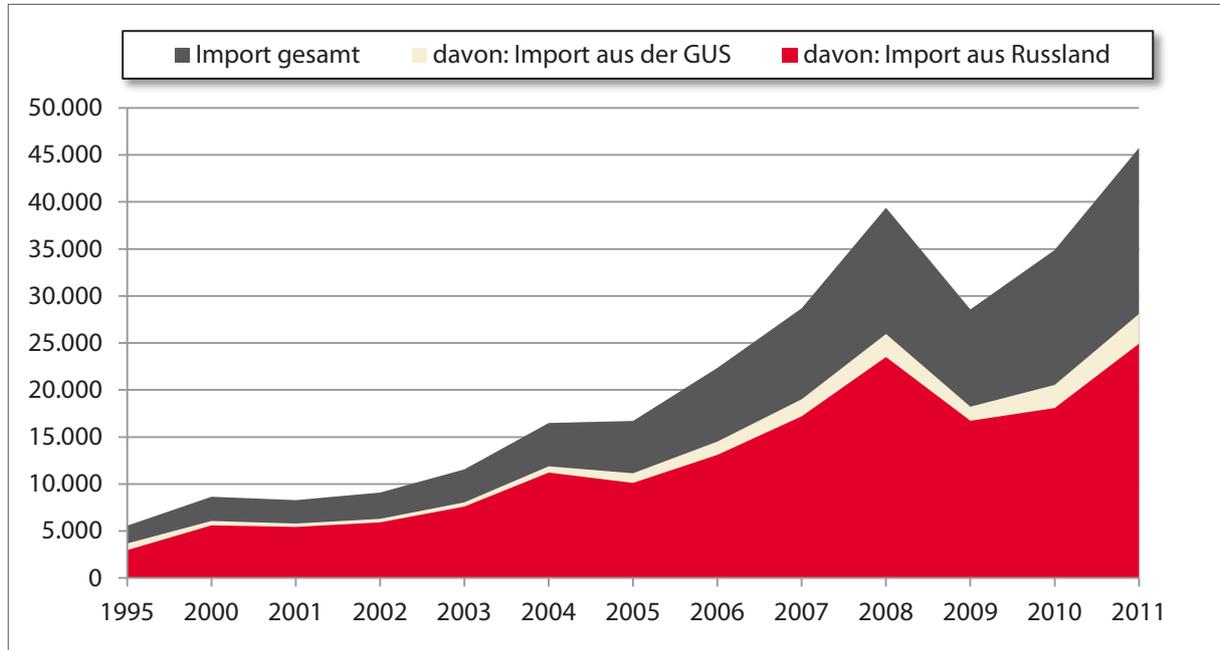
Quellen: Statistikamt Belarus, <http://www.belstat.gov.by>, Russisches Statistikamt, <http://www.gks.ru> und Kommission der Zollunion, http://www.tsouz.ru/db/stat/Pages/internal_stat.aspx

Grafik 3: Export von Belarus mit Russland im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 1995–2011



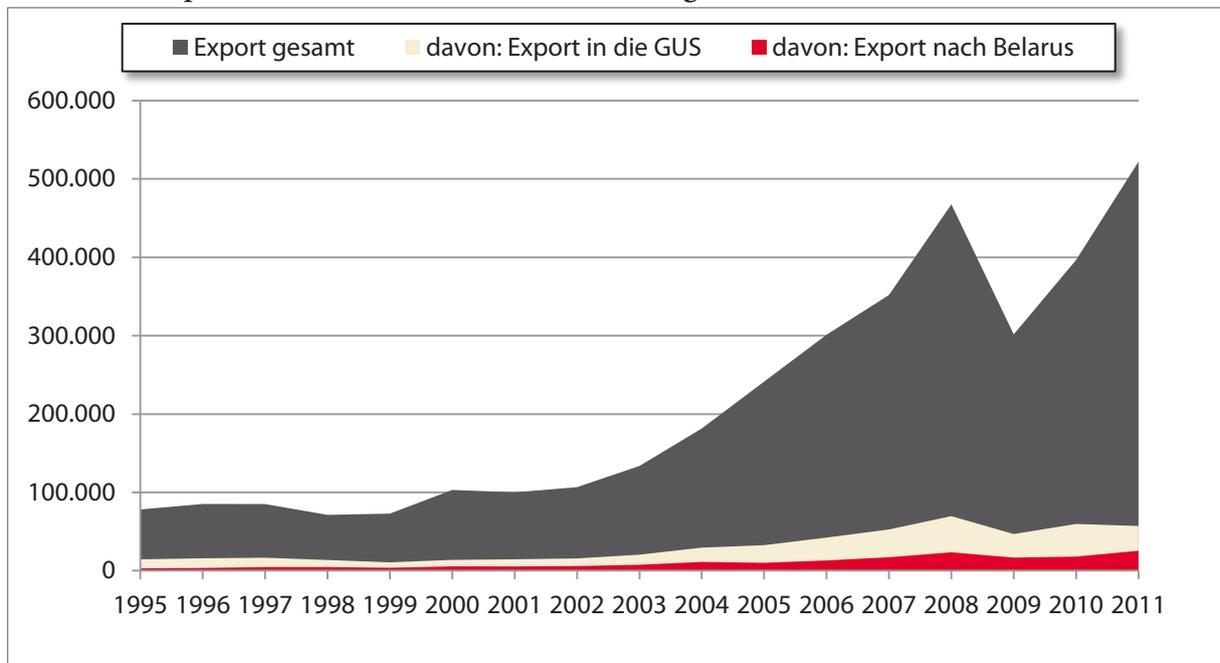
Quelle: Statistikamt Belarus, <http://www.belstat.gov.by>

Grafik 4: Import nach Belarus aus Russland im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 1995–2011



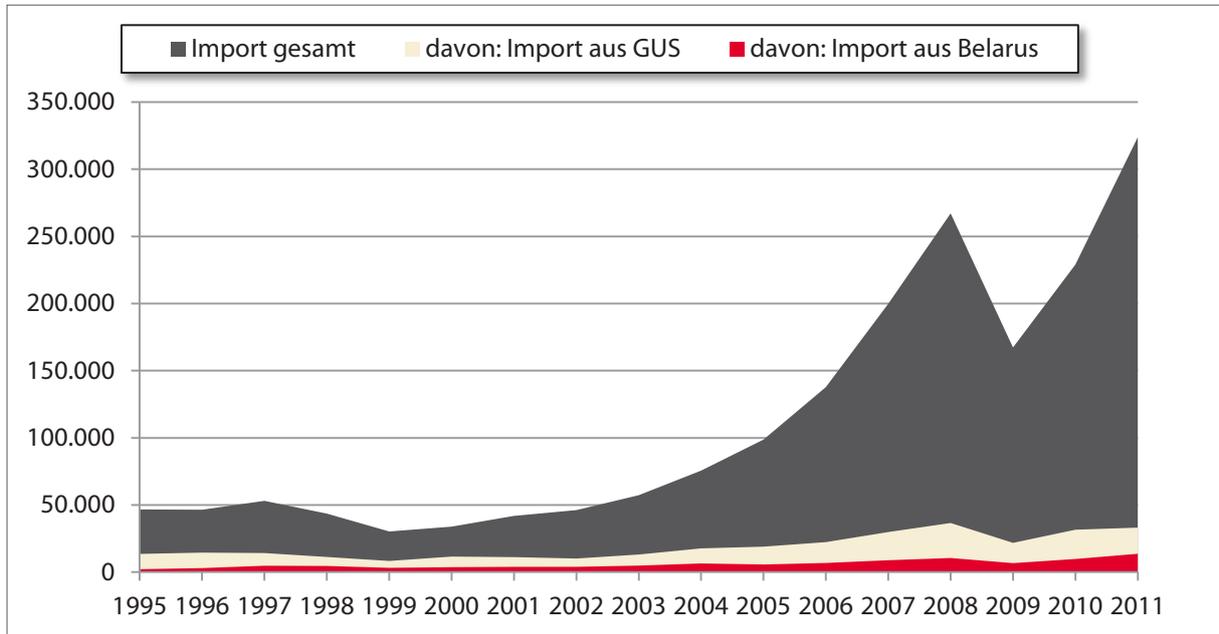
Quelle: Statistikamt Belarus, <http://www.belstat.gov.by>

Grafik 5: Export von Russland nach Belarus im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 1995–2011



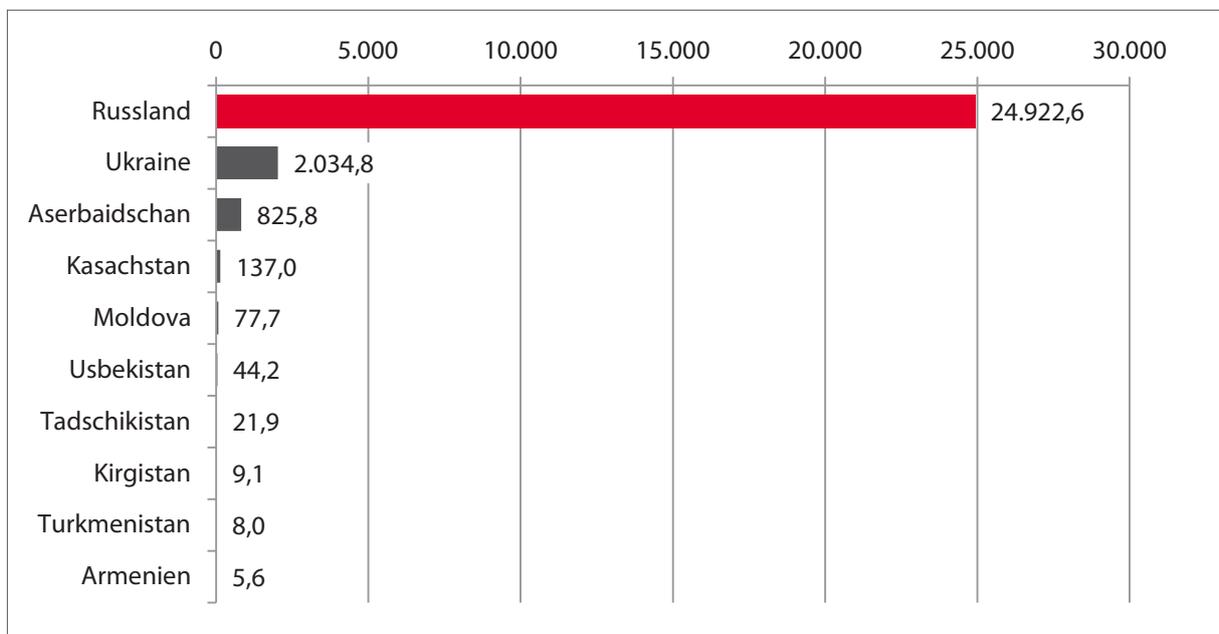
Quellen: Russisches Statistikamt, <http://www.gks.ru> und Kommission der Zollunion, http://www.tsouz.ru/db/stat/Pages/internal_stat.aspx

Grafik 6: Import nach Russland aus Belarus im Vergleich, in Mio. US-Dollar, 1995–2011



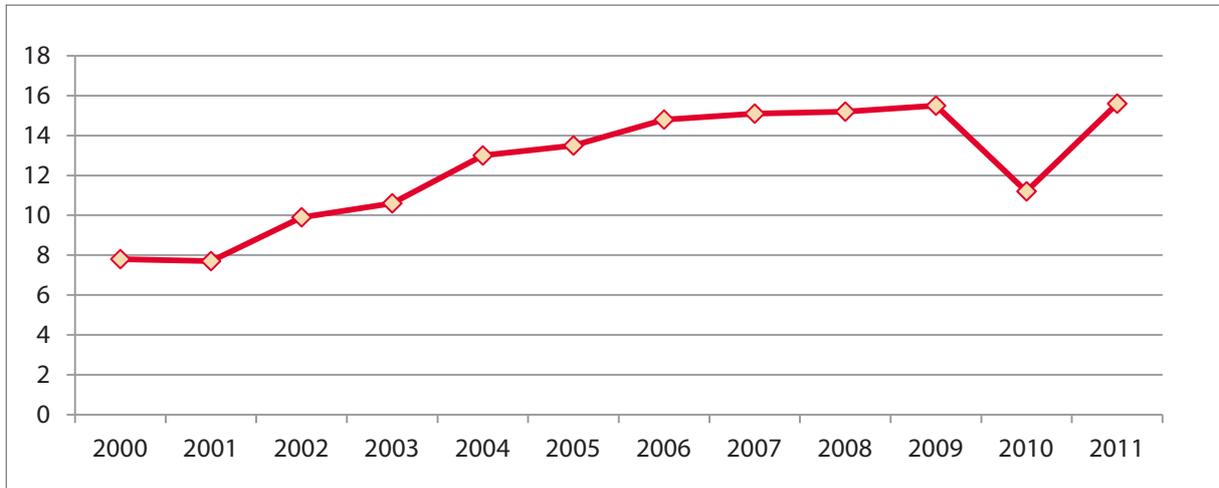
Quellen: SRussisches Statistikamt, <http://www.gks.ru> und Kommission der Zollunion, http://www.tsouz.ru/db/stat/Pages/internal_stat.aspx

Grafik 7: Warenimporte aus der GUS nach Belarus in Mio. US-Dollar, 2011



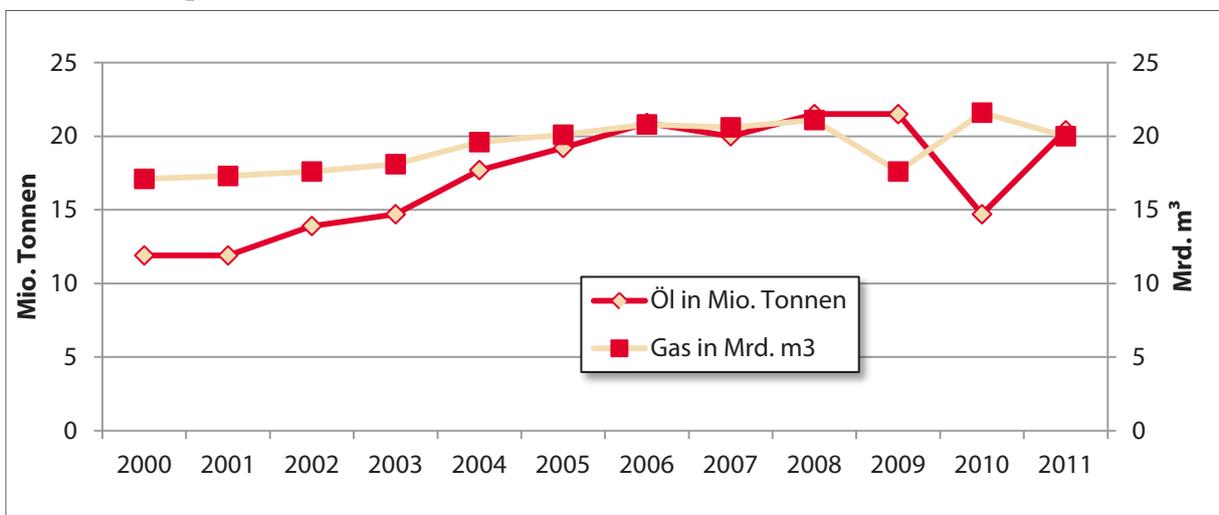
Quelle: Statistikamt Belarus, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 8: Export von Erdölprodukten aus Belarus in Mio. Tonnen, 2000–2011



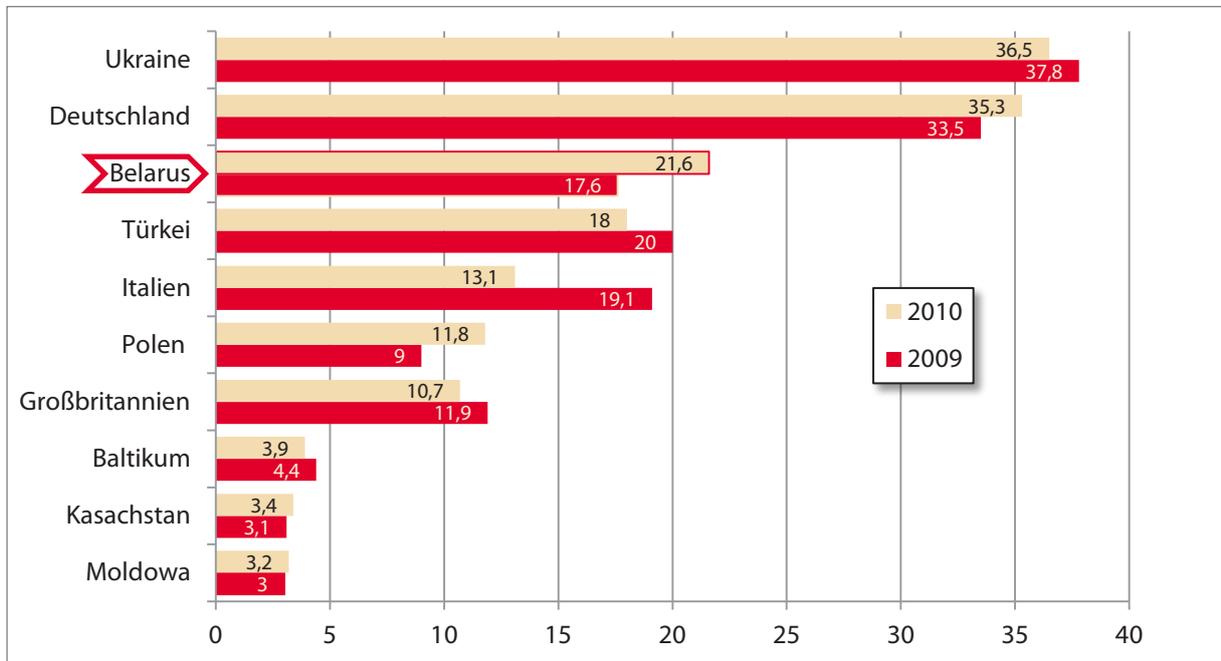
Quelle: Statistikamt Belarus, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 9: Importe von Öl und Gas nach Belarus



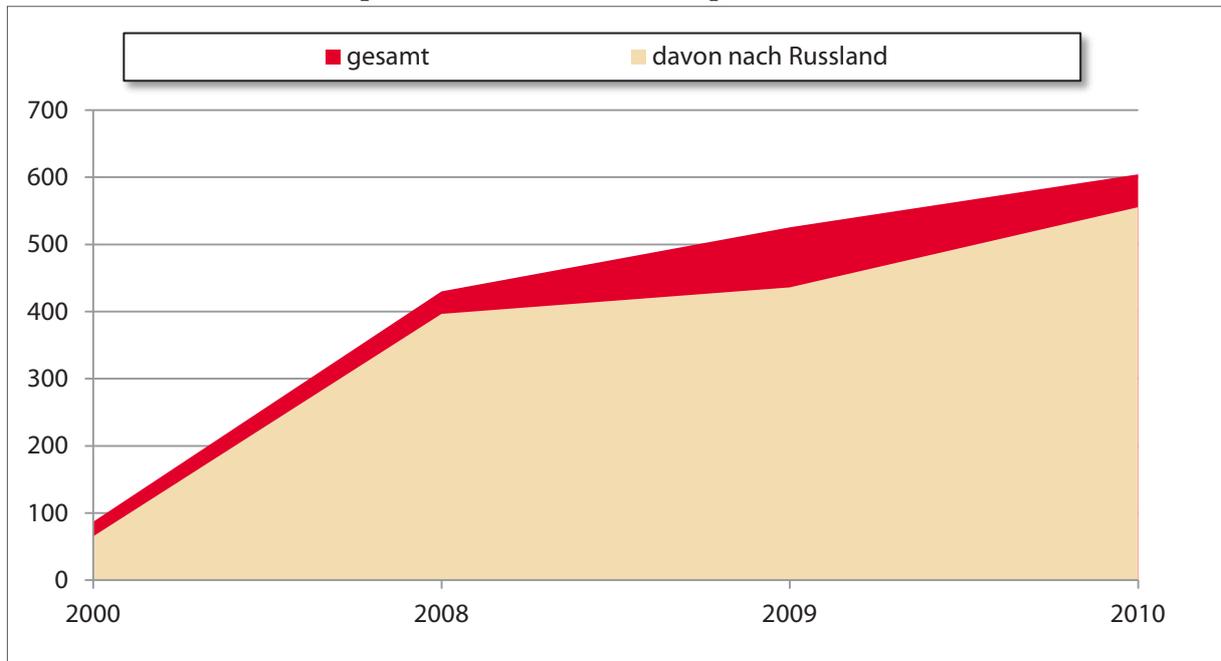
Quelle: Statistikamt Belarus, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 10: Gazproms Erdgasexporte, ausgewählte Länder, 2009 und 2010 (in Mrd. m³)



Quelle: Gazprom: Annual Report 2010, <http://gazprom.com/investors/reports/2010/>

Grafik 11: Belarussische Exporte von Milch und Milchprodukten in Tsd. Tonnen



Quelle: Statistikamt Belarus: Yearbook 2011, S. 613.

Vom 16. Februar bis zum 20. April 2012

16.2.2012	Das Europäische Parlament beschließt eine Resolution, die die belarussische Regierung auffordert, ein Moratorium gegen die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhängen.
20.2.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, Belarus könne auf die EU-Sanktionen hart antworten, falls dies notwendig sei.
20.2.2012	Die belarussischen Parteien Die Grünen, BNF und die Bewegung Sa Svabodu starten die Kampagne »Volkskontrolle – für faire Wahlen!«. Ihr Ziel ist es, die Bürger dazu zu bewegen, als unabhängige Wahlbeobachter an den Parlamentswahlen 2012 teilzunehmen.
21.2.2012	Die belarussischen Behörden verweigern sechs polnischen Parlamentariern die Einreise nach Belarus. Der Anlass für die Reise ist ein Treffen mit den Vertretern der staatlich nicht anerkannten Organisation der polnischen Minderheit in Belarus »Der Bund der Polen in Belarus«.
23.2.2012	In Helsinki wird die belarussische Botschaft eröffnet.
24.2.2012	Das Unterhaus des belarussischen Parlaments erklärt in einer Pressemitteilung, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe sei ein innenpolitisches Anliegen Belarus'. »Die Resolution des europäischen Parlaments bezüglich der Todesstrafe in Belarus ist die Fortsetzung der Praxis der Druckausübung auf die belarussische Regierung und der Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten unseres Staates«, so die Mitteilung.
24.2.2012	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der russische Präsident Dmitrij Medwedew geben eine gemeinsame Erklärung über die Unzulässigkeit der Sanktionspolitik in den internationalen Beziehungen ab.
27.2.2012	Die EU verhängt Sanktionen gegen weitere 21 belarussische Beamte.
28.2.2012	Die belarussische Regierung beordert ihren EU-Botschafter, Andrej Jewdotschenko, und ihren Botschafter in Polen, Wiktar Hajsensjok, zu Beratungen nach Minsk zurück.
28.2.2012	Die Leiterin der Repräsentanz der Europäischen Kommission in Minsk, Maira Mora, und der polnische Botschafter, Leszek Szarepka, werden »eingeladen, zu Beratungen in ihre Hauptstädte zu reisen«, erklärt der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawynych. Dies kommt einer Ausweisung gleich.
28.2.2012	Die EU-Staaten vereinbaren, alle Botschafter aus Minsk abzuziehen und die Botschafter Belarus' in ihre Außenministerien einzubestellen, erklärt die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton. Die Botschafter reisen daraufhin ab.
29.2.2012	Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin erklärt, die EU-Sanktionen gegen Belarus werden die Integrationsprozesse zwischen Minsk und Moskau nicht beeinflussen.
4.3.2012	Der belarussische Präsident Aljaksander Lukaschenka greift den deutschen Außenminister Guido Westerwelle verbal an. Bei einem Wintersportwettbewerb sagt er: »Ich sage mir, ich bin lieber Diktator als schwul«. Zuvor hatte Westerwelle Lukaschenka zum ersten Mal öffentlich als »letzten Diktator Europas« bezeichnet.
5.3.2012	Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė erklärt, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Belarus erhöhen den Einfluss seitens Russlands.
5.3.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka gratuliert Wladimir Putin zu seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in Russland: »Ihre reiche Erfahrung in der staatlichen Tätigkeit wird weiterhin zur Entwicklung von Integrationsprozessen und damit zum Wohl unserer Völker beitragen.«
5.3.2012	Vertreter der Belarussischen Nationalen Plattform des Forums der Östlichen Partnerschaft rufen die EU und die belarussische Regierung auf, eine weitere Konflikteskalation zu vermeiden.
5.3.2012	Im Rahmen eines Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft diskutieren die Außenminister der Staaten der Visegrád-Gruppe sowie der Östlichen Partnerschaft über die Situation in Belarus. Die belarussische Delegation wird zum Gipfeltreffen nicht eingeladen.
5.3.2012	Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi kommt zu einem dreitägigen Besuch nach Belarus. Der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau erklärt während eines Treffens mit seinem iranischen Kollegen, das Zusammenwirken in der Bewegung der Blockfreien Staaten stelle einen wichtigen Bestandteil der belarussisch-iranischen Zusammenarbeit dar. Belarus wolle mit Iran auch weiterhin die strategische Partnerschaft fortsetzen.

7.3.2012	Belarussische Behörden verhängen ein Ausreiseverbot in die EU gegen den Vorsitzenden der oppositionellen Vereinigten Bürgerlichen Partei, Anatol Ljabezka. Drei Tage später wird die Ausreise dem Vorsitzenden der Partei Gerechte Welt, Sjarhej Kaljakin, dem Aktivisten der Bewegung Sa svabodu Wiktar Karnjanko sowie dem Menschenrechtler Waljanzin Stefanowitsch verweigert.
7.3.2012	Der belarussische Stellvertretende Finanzminister Maksim Jermolowitsch erklärt, das belarussische Finanzministerium sehe keinen Bedarf in der Notfinanzierung seitens des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2012.
9.3.2012	Menschenrechtsorganisationen geben bekannt, dass vom 7. bis 9. März in Belarus sieben oppositionelle Aktivisten verhaftet wurden. In diesen Tagen hatte es anlässlich des Geburtstags von Andrej Sannikau zahlreiche Veranstaltungen gegeben, die die Freilassung der politischen Gefangenen forderten.
11.3.2012	Die Ministerpräsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus' geben eine gemeinsame Erklärung über die Unzulässigkeit der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Belarus ab. Die Sanktionen errichten Barrieren für die Arbeit der Zollunion und des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes, besagt die Erklärung.
14.3.2012	Fünf litauische Parlamentarier kritisieren in einer gemeinsamen Erklärung die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Belarus.
15.3.2012	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch erklärt bei einem Treffen mit dem chinesischen Botschafter Gong Jianwei, Belarus und China planen die Umsetzung gemeinsamer Investitionsprojekte in Höhe von 16 Mrd. US-Dollar.
15.3.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka lehnt die Begnadigung zweier Todeskandidaten ab, die 2011 in der Minsker Metro ein Attentat verübt haben sollen. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, fordert Lukaschenka auf, seine Entscheidung zu revidieren.
16.3.2012	Die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, erklärt, die EU-Botschafter würden aufgefordert, innerhalb einer Woche nach Minsk zurückzukehren.
17.3.2012	Die Todesurteile gegen Dsmitryj Kanavalau und Uladzislau Kavaljou wegen Verübung eines Anschlags auf die Minsker U-Bahn werden vollzogen. Die EU fordert die belarussische Regierung erneut auf, ein Moratorium gegen die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhängen.
19.3.2012	Der Präsident Russlands, Dmitrij Medwedew, erklärt, die Institutionen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft sollen auf dem nächsten Gipfeltreffen nach zusätzlichen Konsultationen umgebildet werden.
19.3.2012	Der belarussische Stellvertretende Ministerpräsident Siarhej Rumas erklärt, das Kollegium der Eurasischen Wirtschaftskommission entwickle Gegenmaßnahmen gegen den wirtschaftlichen Druck auf die Staaten der »Troika« durch die Drittstaaten.
23.3.2012	Der EU-Ministerrat verhängt Sanktionen gegen zwölf belarussische Geschäftsleute und 29 belarussische Unternehmen, die »das Regime unterstützen oder davon profitieren«.
24.3.2012	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinych, erklärt, Belarus halte die Rückkehr der EU-Botschafter nach Belarus für »vorzeitig«.
25.3.2012	In Minsk begehen die Vertreter der belarussischen Opposition mit einer Demonstration den »Tag des Willens« – den 94. Jahrestag der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik.
29.3.2012	Das Europäische Parlament kritisiert in einer Resolution die politische Situation in Belarus und befürwortet die Erweiterung der Sanktionen. Unter anderem wird in der Resolution die Internationale Eishockey-Föderation aufgefordert, die Eishockey-WM 2014 aus Belarus zu verlegen.
29.3.2012	Der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, gibt den Startschuss für das EU-Programm »Europäischer Dialog über die Modernisierung«, das den Austausch zwischen der EU und der belarussischen Zivilgesellschaft zum Ziel hat.
2.4.2012	Lidsija Jarmoschnyna, die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, erklärt, der Termin für die Parlamentswahlen in Belarus werde im Juni laufenden Jahres endgültig festgelegt werden.
3.4.2012	Im UN-Hauptquartier findet auf Initiative von Belarus ein interaktiver Dialog der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Menschenhandel und Schutz der Opfer des Menschenhandels statt.
5.4.2012	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinych, erklärt, das belarussische Außenministerium berate über die Rückkehr der belarussischen Botschafter in die EU-Länder.

5.4.2012	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawynych, erklärt, die belarussische Regierung lade alle ausländischen Botschafter, die sich derzeit in Belarus befinden, zu einer Parlamentstagung ein. Im Rahmen dieser Tagung soll sich Präsident Aljaksandr Lukaschenka mit einer alljährlichen Rede an das Parlament und an das belarussische Volk wenden.
5.4.2012	Der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau erklärt, Belarus wolle die Auseinandersetzungen mit der Europäischen Union nicht eskalieren lassen und sei an einer Verbesserung der Beziehungen zur EU interessiert.
6.4.2012	Uladsimir Makej, Chef der belarussischen Präsidialverwaltung, erklärt, Belarus sei bereit, einen friedlichen Dialog mit der EU wieder aufzunehmen, wenn sich der EU-Rat auf eine positive Entscheidung der belarussischen Frage einigt.
10.4.2012	Die Gewerkschaft der Eisenbahner Lettlands zeigt sich besorgt wegen EU-Sanktionen gegen Belarus, da sie Verluste für die lettische Eisenbahn verursachen könnten.
14.4.2012	Der Ex-Präsidentschaftskandidat Andrej Sannikau, der nach den Präsidentschaftswahlen 2010 verhaftet und im Mai 2011 zu fünf Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, wird durch Begnadigung des Präsidenten freigelassen. Dsmitryj Bandarenka, ehemaliger Mitarbeiter seines Wahlstabes, wird einen Tag später freigelassen.
19.04.2012	Die Jahresansprache von Präsident Aljaksandr Lukaschenka vor dem Parlament findet nicht statt. Wenige Tage vor dem anberaumten Datum hatte der Präsident seine Mitarbeiter aufgefordert, den Redeentwurf grundlegend zu überarbeiten und eine Verschiebung der Ansprache angeordnet.
20.4.2012	Das belarussische Außenministerium dementiert die Information über Waffenlieferungen an Côte d'Ivoire.

Sie können die gesamte Chronik seit 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahn, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de